



FREIHEIT SOLIDARITÄT VERANTWORTUNG

Editorial



Die 13. AHV-Rente kommt ab 2026. Leider ist die Finanzierung nach wie vor nicht geregelt, was weiterhin noch grosse Diskussionen auslösen wird. Wollen wir das ein zweites Mal erleben?

Am 9. Juni 2024 stimmen wir wieder über 3 Volksinitiativen und ein Bundesgesetz ab. Auch an diesem Abstimmungssonntag geht es um Finanzen, die den Bundeshaushalt stark belasten werden. Speziell die **Prämien-Entlastungs-Initiative**, die einen maximalen 10% Plafond vom Einkommen für Krankenkassenprämien verlangt, benötigt bei einer Umsetzung den gleichen Betrag, der die 13. AHV-Rente kostet, also rund CHF 4-5 Mrd. pro Jahr! Bereits heute zahlen der Bund und die Kantone über CHF 5.4 Mrd. an Prämienrückvergütungen. Somit würde die Annahme dieser Initiative den Bund und die Kantone rund CHF 10 Mrd. kosten! Ein wahnsinnig hoher Betrag. Nationalrat und Ständerat haben aufgrund der nicht zu finanzierenden

Folgen, aber auch aufgrund der Situation, dass diese Vorlage keine Veränderung im Ausgabeverhalten auslöst, einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der alternativ zu dieser Initiative steht.

Wollen sie stabile bzw. tiefere Krankenkassenprämien. Wenn ja, dann hilft ihnen **Die Mitte Initiative**, die das bewährte System der **Kostenbremse auf Bundesebene** auch auf das Gesundheitswesen adaptieren will. Heute ist die Schweiz glücklich, dass wir dank der Kostenbremse im Bundeshaushalt geordnete Verhältnisse haben. Weshalb wollen wir dies im Gesundheitswesen nicht? Erstaunlich ist ja, dass im Gesundheitswesen die involvierten Parteien das gleiche Ziel verfolgen - tragbare Prämien. Alle ziehen aktuell am gleichen Strick. Leider die einen auf der einen Seite und die anderen auf der anderen Seite ... was Massnahmen und Lösungen blockiert. Lesen Sie den Gastkommentar zur Mitte Initiative von Geri Pfister, Präsident der Mitte Schweiz. Die Initiative **«Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»** hat ihren Ursprung in der Pandemiezeit. Leider lässt der Titel einen anderen Inhalt vermuten. Was drauf ist, ist einmal mehr nicht drin - schade!

Beim **Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien** wurde das Referendum ergriffen. Dieses Bundesgesetz, das auch unter dem Titel «Mantelerlass» die zukünftige Energieversorgungsfrage lösen soll, ist wichtig und aus meiner Sicht ein JA nötig.

Unsere Ausführungen zu den Abstimmungen vom 9.6.2024 in der Limmatpost basieren grossmehrheitlich auf Unterlagen, die das Sekretariat der Mitte Schweiz und der Mitte Kanton Zürich zur Verfügung gestellt haben. Herzlichen Dank.

Mit dem «musikalischen Gastbeitrag» von Gallus Burkard (Fragen von Björge Hehner) zum Thema Schweizer Oktett springen wir in die Welt der Musik und bereichern die Dorfgeschichten mit einer Musikgeschichte. Dazu ein Zitat von Victor Hugo: «Die Musik drückt das aus, was nicht gesagt werden kann und worüber zu schweigen unmöglich ist». Eigentlich ein guter Ratgeber für die Politik - ich glaube, wir brauchen mehr Musik in der Politik!

Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Lesen der Limmatpost,

Reto Siegrist, Stadtrat

Prämienexplosion stoppen! Kosten bremsen



Am 9. Juni ist es soweit: Das Schweizer Volk stimmt über die Kostenbremse-Initiative der Mitte ab. Es ist höchste Zeit dafür, denn die explodierenden

Krankenkassenprämien belasten seit Jahren das Portemonnaie und die Kaufkraft des Mittelstandes. Gleichzeitig setzen aus Eigeninteresse weder die Spitäler, Ärzte, Krankenkassen, die Kantone oder die Pharmaindustrie das vom Bund festgestellte Sparpotenzial von 6 Milliar-

den Franken pro Jahr um. Mit unserer Initiative bremsen wir die Kosten im Gesundheitswesen und stoppen die Prämienexplosion. Damit zeigt Die Mitte als einzige Partei den Weg auf, wie die explodierenden Gesundheitskosten nachhaltig und ohne Qualitätsverlust gebremst werden können.

Warum braucht es unsere Kostenbremse?

Ein Expertenbericht im Auftrag des Bundes kam bereits 2019 zum Schluss, dass heute jährlich 6 Milliarden Franken und damit 20% der gesamten Gesundheitskosten ohne Qualitätsverlust eingespart werden könnten. Weder die Pharmain-

dustrie, Krankenkassen, Spitäler noch die Kantone wollen sparen - alle Akteure im Gesundheitswesen entziehen sich ihrer Verantwortung und profitieren auf Kosten der Prämienzahler. Eine nachhaltige Stabilisierung der Kosten setzt jedoch zwingend voraus, dass diese Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen. Heute kostet uns die Gesundheit mehr als 38 Milliarden Franken pro Jahr, das sind über 104 Millionen pro Tag! Das muss aufhören.

Gleichzeitig bezahlt eine vierköpfige Familie heute pro Jahr bis zu 15'000 Franken alleine für Krankenkassenprä-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

mien! Die Prämienexplosion ist nicht nur für die Haushaltsbudgets untragbar, sie steht auch stellvertretend für die Kostenexplosion im gesamten Gesundheitswesen. All jene, die verantwortungsvoll mit dem System umgehen, bezahlen heute für die Ineffizienz der anderen.

Die Bekämpfung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist der einzige Weg, um die steigenden Prämien nachhaltig zu senken. Der Mittelstand und die Haushalte müssen entlastet werden. Nicht nur der Preisüberwacher, sondern auch die Direktorin des Krankenkassenverbandes Santésuisse machten medial

wiederholt auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam.

Wie funktioniert unsere Kostenbremse?

Die Idee der Kostenbremse basiert auf dem Konzept der Schuldenbremse, welche sich beim Finanzhaushalt des Bundes bewährt hat. Steigen die Gesundheitskosten jährlich 20% stärker als die Löhne, so muss der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den verantwortlichen Gesundheitsakteuren Massnahmen zur Kostensenkung ergreifen.

Es braucht jetzt eine Kostenbremse im Gesundheitswesen, um die Krankenkassenprämien nachhaltig zu senken. Es gibt viel zu tun – aber wir sind bereit!

Gerhard Pfister

Parteipräsident Die Mitte Schweiz

Prämienexplosion stoppen!
Kosten bremsen.

JA
zur Kostenbremse!

Die Mitte

Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)

Die Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien Entlastungs-Initiative)» wurde am 25. Januar 2020 mit 101'780 gültigen Unterschriften von der Sozialdemokratischen Partei (SP) eingereicht. Die Prämien-Entlastungs-Initiative fordert, dass die Versicherten höchstens 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Die Kosten für die Prämienverbilligung sollen dabei zu mindestens zwei Drittel durch den Bund getragen werden, der Rest soll durch die Kantone finanziert werden. Der Bundesrat beantragte einerseits, die Volksinitiative abzulehnen, anerkannte aber das Problem einer zunehmenden Belastung der Schweizer Bevölkerung durch die Krankenkassenprämien. Aus diesem Grund stellte er der Volksinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber, welcher vom Parlament angepasst und angenommen wurde. **Der indirekte Gegenvorschlag** sieht vor, dass die Kantone neu einen Mindestbeitrag von 3,5 bis 7,5 Prozent der Kosten der obligatorischen Grundversicherung

für die Prämienverbilligung aufwenden müssen. Diese Lösung bedeutet für die Kantone Mehrkosten von etwa 356 Millionen Franken. Das Initiativkomitee beurteilt den indirekten Gegenvorschlag als ungenügend und hält entsprechend an der Volksinitiative fest.

Im Jahr 2022 bezogen gemäss Bund 2.3 Millionen Personen, ungefähr ein Viertel der schweizerischen Bevölkerung, eine Prämienverbilligung. Diese wird gemeinsam von Bund und Kantonen finanziert. Heute trägt der Bund diesbezüglich 7.5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Der Rest wird anteilmässig durch die Kantone getragen. Gemäss Bund wurden im Jahr 2022 ca. 5.4 Milliarden Franken an Prämienverbilligung ausbezahlt. Der Anteil des Bundes betrug 2.9 Milliarden Franken, d.h. mehr als die Hälfte der Gesamtsumme. Die Beiträge der Kantone fielen sehr unterschiedlich aus.

Das sagt das Initiativkomitee

Aktuell beträgt die Belastung der Haushalte im Schnitt 14 Prozent des ver-

fügbaren Einkommens, was zu viel ist. Es braucht eine Senkung der Prämienlast, damit das System nicht zusammenbricht. Deshalb soll kein Schweizer

Agenda

16. Mai	19.00 Uhr	Generalversammlung
23. Mai	19.30 Uhr	Parteiversammlung
1. Juni	11.00 Uhr	Stamm im Rest. Krone
8. Juni		Uetlibergtagung
9. Juni		Abstimmung
6. Juli	11.00 Uhr	Stamm im Rest. Krone
11. Juli	19.30 Uhr	Politiktag
22. Aug.	19.30 Uhr	Parteiversammlung
7. Sept.	11.00 Uhr	Stamm im Rest. Krone

J. Wiederkehr AG
Bauunternehmung
Dietikon

Poststrasse 27b, 8953 Dietikon
Telefon 044 744 59 79, Fax 044 744 59 78

Fachmännische und persönliche Beratung in sämtlichen Baufragen
Hoch- und Tiefbau Umbau Gerüstbau Fassadenrenovationen
Bohrarbeiten Kundenarbeiten

Wir sind in Ihrer Nähe.
Gerade, wenn mal etwas schief geht.

Generalagentur Limmattal
Stephan Egli
Kirchplatz, 8953 Dietikon
T 044 744 70 77
mobiliar.ch

die Mobiliar

Haushalt mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Während die Prämien in den letzten Jahren stark gestiegen sind, haben einige Kantone über die letzten Jahre schrittweise ihre Beiträge an die Prämienverbilligungen reduziert. Es erhalten immer weniger Versicherte Unterstützung bei der Prämienverbilligung, dies obwohl das Krankenversicherungsgesetz festhält, dass Familien mit «unteren und mittleren Einkommen» ein Anrecht auf eine Prämienverbilligung haben. Dieser Abbaudynamik muss entgegengetreten werden

Heute gibt es 26 verschiedene kantonale Regelungen in Bezug auf die Ausrichtung von Prämienverbilligungen. Die Volksinitiative bringt diesbezüglich mehr Gerechtigkeit, da der Anspruch auf Prämienverbilligung in allen Kantonen gleich gehandhabt werden müsste.

Mehr Mittel für die Prämienverbilligungen Mit der Volksinitiative sollen mehr Mittel in die Prämienverbilligung fliessen. Dadurch, dass die Prämienverbilligungen durch Steuergelder finanziert werden, mindert das den unsozialen Charakter der Kopfprämien.

Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Steigen die Krankenkassenprämien, sind die Versicherten unter Umständen gezwungen, eine höhere Franchise zu wählen, um die Monatsprämie zu senken. Im Krankheitsfall besteht so das Risiko einer höheren Kostenbeteiligung. Dies obwohl die Beteiligung der Schweizer Versicherten an den Gesundheitskosten im europäischen Vergleich bereits sehr hoch ist. Es besteht die Gefahr, dass Versicherte mit bescheidenem Einkommen aus Angst vor Kosten nicht mehr zum Arzt gehen. Werden Krankheiten zu spät oder nicht behandelt, kann das zu medizinischen Problemen führen, was am Ende höhere Gesundheitskosten zur Folge hat.

Das sagt Bundesrat und Parlament Die Initiative bekämpft nur die Symptome, aber nicht die Ursachen der steigenden Gesundheitskosten. Ein einseitiger

Ausbau der Prämienverbilligungen genügt nicht, um das Kostenwachstum im Gesundheitswesen nachhaltig einzudämmen.

Kein Anreiz zur Senkung der Gesundheitskosten.

Da die Versicherten bei einer Annahme



der Volksinitiative höchstens 10 Prozent ihres Einkommens für die Prämien aufwenden müssten, hätten sie je nach Umsetzung der Volksinitiative wenig Anreize, eigenverantwortlich einen Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten zu leisten und beispielsweise besondere Versicherungsformen abzuschliessen. Da die Kantone am besten wissen, wo und wie hoch der Handlungsbedarf bei den Prämienverbilligungen ist macht eine Kompetenzverschiebung an den Bund wenig Sinn.

Die Volksinitiative verursacht massive Mehrkosten.

Basierend auf der Standardprämie hätte die Initiative im Jahr 2020 zu Mehrkosten von 4,5 Milliarden Franken für Bund und Kantone geführt. Beim Bund wären es wesentlich mehr, da er gemäss Initiativtext zwei Drittel der Mehrkosten übernehmen müsste. Man schätzt die Kosten für den Bund auf rund 3,6 Milliarden Franken. Mit dem aktuell angespannten Bundeshaushalt sind diese Mehrkosten nicht zu vereinbaren.

Der indirekte Gegenvorschlag trägt dazu bei, dass die Kantone noch stärker in die Verantwortung genommen werden. Der Ständerat und Nationalrat lehnen die Volksinitiative grossmehrheitlich ab und unterstützen fast einstimmig den indirekten Gegenvorschlag!

Was sagt die Mitte: Die Mitte-Fraktion empfiehlt mit 38 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen, die Volksinitiative abzulehnen. Gleichzeitig empfiehlt die Mitte-Fraktion mit 40 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung die Annahme des indirekten Gegenvorschlags.



Industriestrasse 40b
8962 Bergdietikon
Tel. 044 741 05 05

info@mario-casanova.ch
www.mario-casanova.ch

**Umbauen
Renovieren
Sanieren**



BERTANI

BAUGERÜSTE AG

Lauetstrasse 37, 8112 Otelfingen, Tel. 044 744 59 99, Fax: 044 744 59 98, www.bertani.ch, bertani@bertani.ch

Die Kraft im Zentrum

«In einer Parteienlandschaft mit stark polarisierenden Kräften ist eine ausgleichende Kraft nötig – sie ist Wegbereiterin für zukünftige Formen unseres Zusammenlebens.»

Möchten Sie an der Gestaltung unserer Stadt teilnehmen?

Wenden Sie sich an unsere Präsidentin
Otilie Dal Canton, Steinmüllilstrasse 25, 8953 Dietikon,
Tel.: 079 629 51 58 E-Mail: otilie.dalcanton@bluewin.ch



Freiheit. Solidarität.
Verantwortung.

Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

(Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Das Parlament hat im Herbst 2023 das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet. Die Vorlage schafft die Grundlagen, um in der Schweiz rasch mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Sonne, Wind oder Biomasse zu produzieren. Das verringert sowohl die Abhängigkeit von Energieimporten als auch das Risiko von kritischen Versorgungslagen. Die Vorlage umfasst sowohl Förderinstrumente als auch neue Regelungen für Produktion, Transport, Speicherung und Verbrauch von Strom und sie führt eine obligatorische Wasserkraftreserve ein. Gegen die Vorlage für eine sichere Stromversorgung wurde das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir am 9. Juni 2024 darüber ab.

Falls die Vorlage angenommen wird, soll sie auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Dazu muss die Vernehmlassung zu den Umsetzungsverordnungen bereits vor der Volksabstimmung durchgeführt werden.

Auf nationaler Ebene

Mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens und der Verabschiedung des Klima- und Innovationsgesetzes im Jahr 2023 hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig hat sich die Schweiz zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie verpflichtet. Angesichts einer steigenden Nachfrage und einer mittelfristig sinken-

den Produktion ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich unser Land voll und ganz für die Energiewende einsetzt und seine Produktionskapazitäten für einheimische erneuerbare Energien rasch ausbaut.

Auf internationaler Ebene

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wirken auf die Exportkapazitäten anderer Länder (Nachbarn, Energieproduzenten usw.). Diese schwierige Situation hat die Abhängigkeit der Schweiz von Importen und die damit verbundenen Risiken für die Sicherheit der Energieversorgung unterstrichen. Darüber hinaus bestehen ohne ein Abkommen mit der Europäischen Union zusätzliche Unsicherheiten über die Möglichkeiten von Stromimporten. Aus diesen Gründen ist es notwendig, die Unabhängigkeit der Schweiz im Energiebereich zu stärken, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Referendumsführer

Ursprünglich von zwei Bürgern getragen, wurde das Referendum bald von der Weber-Stiftung sowie von Paysage Libre Suisse unterstützt. Allerdings hat sich ihnen kein grosser Umweltverband angeschlossen. Obwohl Verbände wie

Pro Natura oder der WWF der Meinung sind, dass einige problematische Bestimmungen bestehen bleiben, haben sie beschlossen, auf das Referendum zu verzichten. Sie haben aber angekündigt, die Umsetzung der beiden Gesetze sehr genau zu beobachten.

Parlamentarische Debatte und Abstimmungsverhalten der Mitte-Fraktion

Der «Mantelerlass» ist im September 2023 nach einer langen Debatte im Parlament verabschiedet worden. Diese umfassende Reform zielt auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050 und der langfristigen Klimastrategie der Schweiz ab. Sie leitet die Energiewende in der Schweiz ein. Der «Mantelerlass» bringt wichtige Änderungen an zwei Gesetzen mit sich, dem Energiegesetz (EnG) und dem Stromversorgungsgesetz (StromVG). Weitere Änderungen



Bundesrat Albert Rösti kämpft für den Mantelerlass. Ein Teil seiner Partei ist dagegen.

betreffen auch das Raumplanungsgesetz RPG und das Waldgesetz WaG.

Der Bau von grossen Wasserkraft-, Photovoltaik-, Windkraft- und Pumpspeichieranlagen wird bei Annahme nun als Projekt von nationaler Bedeutung eingestuft. Damit wird ihr Bau erleichtert und hat in der Regel Vorrang vor dem Natur- oder Landschaftsschutz. Ausserdem können kleinere Anlagen, wenn die Ziele nicht erreicht werden, von denselben Vorteilen profitieren. Die Referendumsführer sind der Ansicht, dass der einzige Änderungserlass eine grosse Gefahr für geschützte Landschaften und Biotope birgt. Im Mittelpunkt ihrer Bedenken stehen der Vorrang der Energieerzeugung vor dem Naturschutz, die Abschaffung der Pflicht, Beeinträchtigungen zu verhindern oder auszugleichen, sowie die erleichterten Verfahren zur Rodung von Wäldern für den Bau von Windparks.

Als Ergebnis zahlreicher Kompromisse auf beiden Seiten des politischen Spektrums wurde der Mantelerlass vom Ständerat einstimmig und vom Nationalrat mit 177 zu 19 Stimmen (aus den Reihen der SVP) verabschiedet.

Die Mitte Schweiz bejaht den Mantelerlass als unerlässliche Vorgabe für eine sichere Stromversorgung.

limmatpost 

Redaktionsteam:
Reto Siegrist (rs)
Björge Hehner (bhe)
Johannes Felber (jf)

Layout:
Paul Gübeli

Inserate:
Marco Piller, Widmenhalde 4,
8953 Dietikon
043 317 81 92, mapiller@bluewin.ch

Versand:
Gabriele Olivieri

Druck: Abächerli Media AG, 6060 Sarnen

Auflage: 11'500

Erscheint: viermal jährlich

Kontakt: diemitte.dietikon@gmail.com



Stopp Impfpflicht

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», auch bekannt als «STOPP Impfpflicht», verlangt, dass in Artikel 10 der Bundesverfassung (Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit) ein neuer Absatz 2bis eingefügt wird. Dieser sieht vor, dass Eingriffe in die körperliche oder geistige Unversehrtheit einer Person deren Zustimmung bedürfen. Die betroffene Person darf aufgrund der Verweigerung der Zustimmung weder bestraft werden noch dürfen ihr soziale oder berufliche Nachteile erwachsen. **Hintergrund des Begehrens sind die Diskussionen um die Corona-Politik während der Pandemie.** Hinter der Initiative steht die Corona-Massnahmenkritische freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS). Das Parlament lehnte die Initiative ohne Gegenvorschlag mit dem Argument «zu allgemein formuliert» ab. Die Mehrheit befürchtete ausserdem unerwünschte Auswirkungen des Begehrens, etwa im Strafvollzug oder bei der Entnahme von DNA. Im Nationalrat lag ein Gegenentwurf vor, der abgelehnt wurde. Der Nationalrat hat die Initiative im Verhältnis 3:1 Ja Stimmen abgelehnt. Der Ständerat hat die Initiative in der Schlussabstimmung sogar einstimmig abgelehnt.

Das sagen die Befürworter der Initiative: Wir wollen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger stärken, in dem jeder Mensch frei und ohne Angst entscheiden kann, ob er sich impfen lassen will oder nicht. Die Verweigerung einer Impfung ist ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Wer eine Impfung verweigert, darf weder bestraft noch soziale oder berufliche Nachteile haben. Weder Wirtschaft noch Politik dürfen entscheiden, was in unsere Körper gespritzt wird. Dies muss jeder Mensch frei für sich entscheiden.



Das sagen die Gegner der Initiative: Die Befürworter sprechen grossmehrheitlich nur über die Impfungen. Der Initiativtext enthält aber keinerlei explizite Erwähnung von Impfungen und verlangt generell, dass bei jedem staatlichen Eingriff in die körperliche oder geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen muss. Damit tangiert die Initiative insbesondere das staatliche Gewaltmonopol (Po-

lizeiwesen, Strafverfolgung und Strafvollzug, Militär, Ausländer- und Asylwesen etc.).

Würde die Initiative angenommen, dürfte die Polizei beispielsweise ohne Zustimmung der betroffenen Personen keine Verdächtigen mehr festnehmen,

der Staat könnte keine ausländischen Straftäter mehr ausschaffen oder keine abgewiesenen Asylsuchenden mehr in ihr Heimatland zurückführen, wenn die Zustimmung dieser Personen fehlt. Somit zielt die

Initiative weit über Impfungen hinaus. Bereits heute gilt: **Keine Impfung ohne Einwilligung.** Auch unter einem Impf-Obligatorium dürfte eine Impfung unter keinen Umständen mittels physischen Zwangs erfolgen. Niemandem kann unter Zwang oder gegen seinen Willen eine Impfung verabreicht werden.

Die Mitte Schweiz empfiehlt diese Initiative abzulehnen, weil das Anliegen schon verordnet ist (somit unnötig) und bei Annahme das staatliche Gewaltmonopol zum Absurdum führt.

Sauberes Dietikon



In der Gemeinderatssitzung vom 02.11.2023 hat der Gemeinderat dem Stadtrat verwehrt, eine Beantwortung zu den von Peter Metzinger (FDP) und Otilie Dal Canton (Die Mitte) eingereichten Postulate:

- Abgabe von Entsorgung-Coupons
- Mehr Littering-Kontrollen

- Bessere Information der Bevölkerung über das Abfallwesen
- Bessere Sichtbarkeit der Abfallkübel zu ermöglichen.

Beim Postulat bessere Sichtbarkeit der Abfallkübel hat sich der Stadtrat gegen eine Übernahme ausgesprochen. Die restlichen wollte er übernehmen. Nun haben wir (Peter Metzinger und Otilie Dal Canton) eine Interpellation «Sauberes Dietikon» eingereicht. In der Interpellation bitten wir den Stadtrat darzulegen:

- wie er sicherstellt, in den nächsten zwei Jahren ein sauberes

Dietikon zu gewährleisten, welche Massnahmen werden dabei ergriffen, welche auch in den darauffolgenden Jahren angewandt werden können.

- Was genau beinhalten die während der Gemeinderatssitzung vom 2. No-



vember 2023 genannten Massnahmen («Umfassendes Konzept Sauberkeit», «Kontrollen und Ahndung verstärken» sowie «Reinigung des öffentlichen Raums intensivieren»)

Zur Begründung der eingereichten Interpellation ist neben der erhofften Beantwortung des Stadtrates zu den im November eingereichten Postulaten und neu:

wie er das Erscheinungsbild der Stadt Dietikon inskünftig sicherstellen will. Gastiert doch diesen Sommer Karl's Kühne Gassenshow und nächstes Jahr die Phänomene in Dietikon und im September ist unser Stadtfest. Wer hat da Lust auf Vermüllung in den Quartieren oder beim Bahnhof – wir können nicht wegschauen.

Otilie Dal Canton, Gemeinderätin
Parteipräsidentin Die Mitte

Perfektion aus Obwalden

Was immer Sie wünschen – Qualität garantiert.

Wir von der Abächerli Media AG sorgen für perfekte Printprodukte in HD-Qualität und bieten ein lückenloses Dienstleistungsangebot.



Abächerli Media AG
Industriestrasse 2
6060 Sarnen

Telefon 041 666 77 33
welcome@abaecherli.ch

www.abaecherli.ch

Pfingstkonzerte im Kloster Fahr 2024



Schweizer Oktetts, die Idee die Klosterkirche für Konzerte zu nutzen.

Wie war die Zusammenarbeit mit dem Kloster?

GB.: Die Priorin war schnell begeistert von der Idee und ist seither eine tolle Partnerin, gut organisiert und unkompliziert. Die Schwestern haben immer tatkräftig mitgearbeitet.

Seit vielen Jahren begeistert das Schweizer Oktett sein Publikum an den Pfingstkonzerten im Kloster Fahr. Der nachhaltige Erfolg des Festivals beruht auf der Kombination von der Spiritualität des Klosterlebens, der Jahreszeit, die das Fahr als Oase im Limmattal erblühen lässt und den einzigartigen Programmen des Schweizer Oktetts. Wir haben mit Gallus Burkard und seiner Tochter Xenia gesprochen. Beide nah dran! Gallus Burkard lebt seit 30 Jahren mit seiner Familie in Dietikon. Seine Frau, Eva-Maria Burkard, unterrichtet Cello an der Musikschule Dietikon.

Was kannst du über dich persönlich sagen?

GB.: Als Mitglied im Tonhalle Orchester spiele ich schon viele Jahre, man kann schon fast sagen, seit Jahrzehnten Kontrabass und seit 33 Jahren im Schweizer Oktett. Im Trio Gilboa spiele ich gerne Klezmer. Auch bin ich immer wieder in unterschiedlichen Zusammensetzungen als Jazz Musiker unterwegs. Z.B. mit René Gubelmann, der ebenfalls in Dietikon lebt. Eine besondere Freude ist es für mich, wenn ich mit den eigenen Kindern zusammen musizieren kann.

Wie und wann sind die Pfingstkonzerte entstanden?

GB.: Vor 22 Jahren hatte Florian Walter, damals Dietiker und Klarinettist des

Wie hat sich das Festival im Laufe der Zeit entwickelt?

GB.: Früher hatte das Schweizer Oktett drei Konzerte bis und mit Pfingstmontag bestritten. Das dichterische Werk von Silja Walter wurde auch in Kompositionen eingebaut. Später haben wir immer mehr dem Nachwuchs eine Bühne angeboten. Heute spielen die Mitglieder des Jugendstreichorchesters Stringendo am Freitagabend in kleineren Formationen, am Samstag in Vollbesetzung und am Sonntagmorgen im Gottesdienst die jüngsten Talente. Ihre Darbietungen begeistern die Zuhörer mit ihrem beeindruckenden Niveau und der grossen Musizierfreude. Am Sonntagnachmittag gibt es um 17 Uhr ein Festkonzert mit dem Schweizer Oktett. Wegen der langjährigen Renovation des Restaurants «Zu den zwei Raben» kann seit mehreren Jahren das beliebte sonntägliche Diner Musical nicht durchgeführt werden. In Zusammenarbeit mit dem Verein «Fahr erleben!» findet der musikalische Apéro nach dem Sonntagskonzert um 19 Uhr in der Trotte statt.

Wie bist du zum Stringendo gekommen?

XB.: Ich wurde mit elf Jahren zusammen mit meinem Bruder Severin von Jens Lohmann (erste Violine Schweizer Oktett) zum Mitspielen eingeladen. Er gründete damals mit seinen Geigenschülern das Ensemble Stringendo14 und benötigte uns als Fundament mit Cello und Kontrabass.

Wie waren Deine Erlebnisse im Ensemble?

XB.: Ich durfte über zehn Jahre mitspielen. War ein Teil davon. Die sozialen Kontakte, das Musizieren auf höchstem Niveau, die Wettbewerbe, Lager und Konzerte im In- und Ausland waren sehr bereichernd. Dabei konnte ich meine Fähigkeiten im Zusammenspiel stets weiterentwickeln.



Was bedeuten Dir die Pfingstkonzerte?

XB.: Pfingsten war immer ein Anreiz, ein schönes Programm zu erarbeiten und in einer ganz besonderen Atmosphäre aufzutreten. Ein wichtiger Fixpunkt im Jahreskalender. Ausserdem habe ich später in der Organisation der Konzerte mitgewirkt und einen Einblick hinter die Kulissen bekommen. Heute bin ich den Pfingstkonzerten als ZuhörerIn verbunden.

Das Programm der diesjährigen Pfingstkonzerte finden Sie auf:
www.schweizeroktett.ch

Zum Abschied von Christoph Schätti



Lieber Christoph

Als uns die Nachricht erreichte das du nicht mehr unter uns weilst, konnten wir es zuerst gar nicht glauben, wäre sie nicht von Iva persönlich gekommen.

In Gedanken an dich, lieber Christoph, erinnern wir uns gerne an deine bemerkenswerte Lebensleistung. Dein Vermächtnis wird immer in unseren Herzen weiterleben, und deine Spuren werden uns stets daran erinnern. Du warst 20 Jahre lang Schulpfleger für die CVP/Die Mitte und dies mit Leib und Seele. Unter Gaudenz Buchli, damaliger Schulpräsident, hattest du deine Karriere gestartet, danach folgten Jean Pierre Balbiani, Reto Siegrist und zuletzt Miryam Peter. Viel Erfah-

rung konntest du in all den Jahren sammeln und auch deine eigenen Ideen einbringen. Lange warst du Vizepräsident der Schulpflege und führtest dein Amt sicher aus. Als du für eine längere Zeit die Leitung der Schulpflege übernehmen musstest, hast du nicht gezögert und diese Zeit souverän gemeistert. Deine Arbeit war gefragt und wurde geschätzt. Die Arbeit mit und für Kinder war dir sehr wichtig und so wolltest du auch deine Saat in all den Jahren ernten, doch leider wurde dir dieser Wunsch nicht mehr erfüllt. Mögest du in Frieden ruhen, während wir die Erinnerung an dich ehren.

Deine Mitte Partei Dietikon

Gemeinderats News



Was war das Wichtigste im Frühling im Ratsbetrieb? Es war die Konstituierung des Rats.

Andreas Wolf übergab das Amt des höchsten Dietikon an Sven Johannsen von der GLP.

Die GLP ist seit 10 Jahren im Rat vertreten und stellt nun zum ersten Mal den Gemeinderatspräsidenten! Wir wünschen Sven spannende Sitzungen zum Leiten, weise Entscheide im Büro und viel Spass in den nächsten 12 Monaten im Amt! Wir gratulieren herzlich! Zu wählen waren auch die neuen Stimmenzähler/innen: Patrizia Hüsser (Die Mitte), Lea Sonderegger (FDP) und Andreas Wolf (Grüne) wurden gewählt und sind damit auch Mitglieder des Büros.

Nun aber der Reihe nach....

An der ersten Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2024, noch unter der Leitung von Andreas Wolf, passierte ein Novum im Rat. Das Gemeinderatsmitglied Max Bodenmann (Gegen Ausgrenzung) hat unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Presse (auf Antrag des Gemeinderates – 31 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung) eine persönliche Erklärung abgegeben. Grund für den Ausschluss der Öffentlichkeit: Der Gemeinderat soll nicht als Plattform für Themen

missbraucht werden, die im Gemeinderat nichts zu suchen haben. Sodann konnte Sophie Winkler ihre Fraktionserklärung kundtun. Sie bedankt sich im Namen der GLP für die effiziente Putzaktion der Stadt nach dem Kinder Fasnachtsumzug. Einige Neubesetzungen in Kommissionen mussten noch vorgenommen werden. So übernahm Heinz Giezendanner (FDP) von seinem zurückgetretenen Ratskollegen das Amt

Antwort wurde kommentiert und war nicht zur vollen Zufriedenheit der Postulanten.

- David Steinegger (Die Mitte) begründete seine Interpellation zum Thema: Zentraler Energieeinkauf
- Martin Christen (Die Mitte) begründete seine Interpellation zum Thema: Schwammstadtkonzept,

Das Führungsteam des Gemeinderats 2024/2025:

Gemeinderatspräsident:
Sven Johannsen (GLP)
(in Bildmitte)

1. Vizepräsident:
Konrad Lips (SVP)

2. Vizepräsidentin
Katharina Kiwic (SP)



in der RGP und Jon Zehnder (die Mitte) von Gabriele Olivieri das Amt in der Geschäftsprüfungskommission.

Nachfolgend nur noch die Infos, die Dank der Initiative u.a. der Mittefraktion Dietikon im Rat besprochen wurden:

Postulat von Catalina Wolf-Miranda (Grüne), Katharina Kiwic (SP) und Martin Christen (Die Mitte) betreffend Inklusion in Dietikon – Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen, Bericht Postulat: Inklusion in Dietikon – die stadträtliche

Die zweite Gemeinderatssitzung am 7. März 2024 diente der Konstituierung.

Die dritte Gemeinderatssitzung fand am 4. April 2024 statt. Folgendes Thema ist zu erwähnen:

- Max Bodenmann (Gegen Ausgrenzung) lancierte eine Aufsichtsbeschwerde betreffend dem Ausschluss der Öffentlichkeit während seiner persönlichen Mitteilung in der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2024.
Otilie Dal Canton, Gemeinderätin
Parteipräsidentin Die Mitte

Mit Ihrem Beitrag helfen Sie mit, dass die Limmatpost weiterhin erscheinen kann (E-Banking oder am Postschalter)

<p>Empfangsschein</p> <p>Konto / Zahlbar an CH73 0900 0000 8006 0288 2 Die Mitte Dietikon Limmatpost 8953 Dietikon</p> <p>Zahlbar durch (Name/Adresse)</p> <p>Währung Betrag CHF</p> <p>Annahmestelle</p>	<p>Zahlteil</p>  <p>Währung Betrag CHF</p>	<p>Konto / Zahlbar an CH73 0900 0000 8006 0288 2 Die Mitte Dietikon Limmatpost 8953 Dietikon</p> <p>Zusätzliche Informationen Unterstützungsbeitrag Limmatpost</p> <p>Zahlbar durch (Name/Adresse)</p>
--	--	--



Dorfgeschichten

Gute Samariter vom Limmattal „Im Schnee stecken und nicht weiterkommen“, so geschehen beim Winterbruch im Dezember 23. Kein weiterkommen im Limmattal für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer. Velo Streifen und Fussübergänge von Schnee und Eis bedeckt. Da wäre Handarbeit gefragt gewesen und nicht die von kräftigen Räumfahrzeugen, die dem Bus und Autoverkehr die Wege sicherten. Der Schreiber will nicht kleinlich sein und dankt für das Weiterkommen mit dem Bus und zu Fuss, aber möchte doch anmahnen, dass die besten Gleichstellungsgesetze nichts nützen, wenn sie an Räumungsplänen der Gemeinden scheitern, die anscheinend davon ausgehen, dass motorisierte Verkehrsteilnehmer, Menschen im Rollstuhl aus Schneeweichten ziehen, bevor

diese vom Verkehr überrollt werden. So geschehen im benachbarten Spreitenbach, dort konnte ein langjähriger Dietiker zum unfreiwilligen Schutzengel werden. Danke dem Helfer für sein beherztes Zugreifen. In Dietikon wäre das sicher auch willkommen gewesen.

Der gute Ton im Gemeinderat: Bei den Wortmeldungen im Gemeinderat zur Interpellationsbegründung «Wahlanleitung zur Erhöhung korrekt eingereichter Stimmzettel» wurde das seinerzeitige Wahlresultat der «Gruppe Free Gaza – Menschenwürde für alle» durch eine Gemeinderätin als «Shit happens» betitelt. Was die Gemeinderätin wirklich sagen wollte, kann auch beim dritten Mal Audioprotokoll hören nicht eruiert werden. Meinte sie die Wahl des Parlamentariers oder das

Unvermögen eines Teils der Wahlberechtigten zu erkennen, ob eine Liste eine leere Liste oder eine Parteienliste ist. Wir hoffen, sie meinte das Zweite, denn das Erste wäre unanständig ...

Initiativen «gegen Heiratsstrafe» sind zustande gekommen

Die eidgenössischen Volksinitiativen «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» und «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» sind formell zustande gekommen; das hat die Bundeskanzlei bestätigt. Dank diesen Volksinitiativen der Mitte kann in Bälde die abstimmende Bevölkerung ent-

scheiden, ob sie die heutigen, diskriminierenden Rahmenbedingungen von Ehepaaren gegenüber den nicht verheirateten Personen auch weiterhin akzeptieren will. Es geht um die Steuerberechnung in der Bundessteuer bei zwei Einkommen, die nicht separat sondern zusammengezählt besteuert werden und um die Plafohnierung der Ehepaarrenten bei 150% in der AHV.

Der Mai, der Mai, der Mai ist da! Oder die Mai-, Mai-Knaben

Ich lieb ihn seit der Jugendzeit bis jetzt.
Als Wonnemonat ist er auch gesetzt.
Bekannt für Schmetterlinge im Bauch,
allergattig Liebesschwüre auch.

Im Hirni keine Sommervögel,
Maikäfer, nein! Andere «Kögel?»
Spinnereien, Mai verzeih mir,
Maria-Monat, ja das passt Dir.

Maiandacht an jedem Abend.
Ministranten, die sich haben
fast geprügelt «wer darf dienen?»
Wegen den Mädchen, nur «wäg» ihnen.

Am meisten Ehen werden geschlossen.
Früher noch mit Böllern geschossen
zum Ärger von der Polizei,
die fand, dass das verboten sei.

Wir schossen, zwar auf Engstringer-Boden.
Im Altbergquartier sah man sie toben.
Auf der Bewilligung da stand
Engstringer-Polizeivorstand.

Dank Vitamin B kamen wir dazu.
Es gab damals ziemlich viel Unruh.
Zwischen den Gemeindeväter
suchte man nach dem Verräter.

Lassen wir das, ist alter Schnee,
seit das tatsächlich war gesch(e)n.
Sechzig Jahre, die reichen nicht
und schliesslich ist's nur ein Gedicht

über damalige Mai-Lausbuben.
Die gab es in den besten Stuben.
Zurück zur LP-Maiausgabe,
über die ich zu berichten habe.

Vier Eidg. Geschäfte stehen an,
über die man stimmen kann (soll).
Den Vorschlag der Mitte, Kostenbremse
im Gesundheitswesen, den nehmen Se

bitte recht deutlich an.
Der einzige, der etwas bringen kann.
Komm- und Kantonal ist nichts gefragt,
respektive auf September vertagt.

Schimmel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024

Empfehlungen «Die Mitte» Kt. Zürich
«Die Mitte» Dietikon siehe Tageszeitungen
oder Homepage
<https://dietikon.die-mitte.ch/>



Eidgenössische Vorlagen

- | | |
|--|-------------|
| 1. Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» (BBI 2023 2285)) | Nein |
| 2. Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» (BBI 2023 2286) | Ja |
| 3. Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» (BBI 2023 2287) | Nein |
| 4. Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) (BBI 2023 2301) | Ja |